(4) 05-30-10 SFA

Die Linke
Kreisverband Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Stadtverordneter Robin Burkard
robin.burkard@die-linke-fulda.de

Stadtverordnetenvorsteherin Margarete Hartmann
Stadtschloss; Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Fulda, den 26.10.2026

Haushaltsanträge zum Haushaltsplan 2027 der Stadt Fulda

Antrag 04 – Einführung eines Fuldaer Sozialpasses / Sozialtickets

Inflation und hohe Lebenshaltungskosten belasten Menschen mit kleinem Einkommen besonders stark. Teilhabe an Mobilität, Bildung, Kultur und Sport darf nicht am Geldbeutel scheitern.

Im Produkt 05-30-10 „Sonstige soziale Hilfen und Leistungen" (Position 15 – Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse) ist hierfür ein neuer Ansatz einzurichten. Ein entsprechendes Sachkonto ist durch die Kämmerei technisch anzulegen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Produkt 05-30-10 „Sonstige soziale Hilfen und Leistungen" wird ein neuer Ansatz „Fuldaer Sozialpass" in Höhe von 250.000 € eingestellt; das erforderliche Sachkonto ist einzurichten.
2. Der Fuldaer Sozialpass gewährt Beziehern von Bürgergeld, Grundsicherung und Wohngeld sowie einkommensschwachen Familien vergünstigten Zugang zum ÖPNV sowie zu städtischen Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen (u. a. Volkshochschule, Schwimmbäder, städtische Veranstaltungen).
3. Der Magistrat legt bis zum 30.06.2027 eine Umsetzungssatzung vor.
4. Deckung: Mehrerträge aus Antrag 01 (Konto 5553000, Gewerbesteuer), hilfsweise allgemeine Deckungsreserve im Produktbereich 16.

Begründung:

Teilhabe darf nicht am Geldbeutel scheitern. Ein Sozialpass ist ein konkretes, alltagsnahes Instrument, das in zahlreichen hessischen Kommunen erprobt ist.

Er erreicht genau die Menschen, die unter Inflation und hohen Lebenshaltungskosten am stärksten leiden, und stärkt den sozialen Zusammenhalt in der Stadt. Die Kosten sind mit 250.000 € maßvoll und über die Mehrerträge aus Antrag 01 gedeckt.

Mit freundlichen Grüßen



Robin Burkard (Die Linke)

62 05-30-10 SFA

Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0179 1021652

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 01. Nov. 2026

Fulda, 03.11.2026

Prüfantrag
Housing First – Wohnraum für wohnungslose Menschen schaffen

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt die Möglichkeiten zur Umsetzung des Housing-First-Ansatzes in Fulda zu prüfen.
Dabei sollen insbesondere geeignete Liegenschaften aus städtischem Bestand sowie die Zusammenarbeit mit geeigneten Akteur:innender Wohnungslosenhilfe in Augenschein genommen werden. Zudem sind mögliche Fördermittel von Bund und Land Hessen sowie weitere Finanzierungsoptionen zu ermitteln, die den städtischen Haushalt entlasten und gleichzeitig einen Handlungsspielraum ermöglichen, um Housing First anzugehen.

Begründung
Housing First ermöglicht wohnungslosen Menschen den Zugang zu eigenem, dauerhaftem Wohnraum, verbunden mit freiwilligen und bedarfsgerechten Unterstützungsangeboten. Der Ansatz ist Bestandteil des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit der Bundesregierung.
Auch das Land Hessen fördert Housing-First-Projekte im Rahmen seiner Landesstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Diese Fördermöglichkeiten sollte Fulda nutzen, um die Umsetzung eines eigenen Pilotprojekts zu prüfen und voranzubringen.

Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

(64) 05-30-10 SFA

Stadtfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Rabanusstraße 35, 36037 Fulda | stadtfraktionfd@gruene-fulda.de | 0661 41095608

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 04. Nov. 2026

Fulda, 03.11.2026

Prüfantrag
Sichere Schließfächer für wohnungslose Menschen

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, zu prüfen, wo in der Fuldaer Innenstadt eine wetterfeste Schließfachanlage für wohnungslose Menschen aufgestellt werden kann. Insbesondere die nähere Umgebung des Bahnhofsquartiers soll bei der Standortprüfung berücksichtigt werden.
Der Magistrat wird beauftragt, hierzu in Abstimmung mit der AG Wohnungsnotfallhilfe geeignete Standorte sowie eine Lösung mit zunächst etwa 12 bis 15 Schließfächern zu prüfen. Die Fächer sollten ausreichend groß sein, um neben persönlichen Dokumenten und Wertsachen auch Schlafsäcke, Isomatten und kleinere Rucksäcke sicher und witterungsgeschützt aufbewahren zu können. Die Nutzung soll gegen einen kleinen Pfandbetrag und niedrigschwellig möglich sein.
Darüber hinaus ist zu prüfen, wie eine dauerhafte Nutzbarkeit und Sauberkeit der Anlage gewährleistet werden kann. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten der Einbindung von Akteur:innen der Wohnungslosenhilfe in Betreuung und Pflege der Anlage berücksichtigt werden.

Begründung
Wer auf der Straße lebt, muss häufig den gesamten persönlichen Besitz ständig mit sich tragen oder ungeschützt zurücklassen. Es fehlt ein sicherer Ort, an dem wichtige Dokumente, Wertsachen und notwendige Alltagsgegenstände geschützt aufbewahrt werden können. Gerade Schlafsäcke, Isomatten und Rucksäcke sind für Menschen ohne eigene Wohnung unverzichtbar, schränken aber zugleich die Bewegungsfreiheit im Alltag erheblich ein.

Eine zentral gelegene Schließfachanlage schafft hier eine konkrete und niedrigschwellige Entlastung. Sie erleichtert es wohnungslosen Menschen, Arzttermine, Behördengänge und Beratungsangebote wahrzunehmen, ohne ihr Hab und Gut unbeaufsichtigt zurücklassen zu müssen.

Mit einer überschaubaren Anzahl an Schließfächern lässt sich ein praktisches Angebot schaffen, das den Alltag wohnungsloser Menschen unmittelbar erleichtert. Ziel ist eine einfache, kostengünstige und alltagstaugliche Lösung, die Sicherheit und Selbstbestimmung stärkt und die bestehenden Angebote der Wohnungslosenhilfe sinnvoll ergänzt. Eine geeignete Standortwahl sowie ein tragfähiges Konzept für die dauerhafte Betreuung und Pflege der Anlage sind dabei wesentliche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung.



Marie-Louise Puls
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

15 06-10-10 SFA

[Emily Charlotte Rödel – die Linke KV Fulda – charlie.roedel@die-linke-fulda.de – Schumannstraße 43, 36043 Fulda]

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Die Linke
Stadtverordnete Emily Charlotte Rödel KV Fulda

Die Linke KV Fulda
Emily Charlotte Rödel
Schumannstraße 43
36043 Fulda
Charlie.roedel@die-linke-fulda.de

Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf

Bezüge zu den Produktbereichen 01; 05; 06; 08

Beschlussvorschlag

1. Im Haushalt werden 45.000 Euro für einen „Aktionsplan foll Vielfalt " bereitgestellt. Die Mittel werden zur Erarbeitung eines Aktionsplans inkl. Bedarfsanalyse und Erweiterung einer städtisches Fachstelle verwendet und teilen sich wie folgt auf:
    a. 30.000 Euro für die Erarbeitung eines Aktionsplans für Akzeptanz und Vielfalt queerer Menschen als BürgerInnen Fuldas. Darin enthalten sind Kosten für die Prozessmoderation, Beteiligungsformate, Redaktion und Auswertung. Der Aktionsplan beinhaltet Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation von Menschen der LSBTIQ*-Community und umfasst insbesondere die Bereiche: Kinder, Jugend, Familie und Senioren, Sport und Bildung; Kultur; Stärkung von Selbsthilfe und Ehrenamt; Schutz vor Gewalt und Diskriminierung (Sicherheit); Beratung und Gesundheitsversorgung; Begegnung und Demokratiearbeit.
    b. 10.000 Euro für die Erarbeitung einer Bedarfsanalyse nach Möglichkeit in Kooperation mit der Hochschule Fulda.
    c. 5.000 Euro für Sach- und Honorarkosten für die Erweiterung der Fachstelle für Vielfalt und Teilhabe oder dem Frauen- und Gleichstellungsbüro. Hierfür benennt der Magistrat bis Ende Frühjahr 2027 eine feste Ansprechperson für Belange queerer Menschen innerhalb dieser bestehenden Strukturen.
    d. Der Magistrat prüft die Deckung der Kosten durch Fördermittel/Drittmittel des APAV 2.0, durch Landes- oder Bundesmittel oder Förderungen für Wissenschaft und Forschung. Der Magistrat soll Drittmittel vorrangig einwerben. Zur Sicherung der Durchführbarkeit der o.g. Teilbereiche werden 45.000 Euro im Haushalt bereitgestellt, um die Kosten zu decken, soweit keine Drittmittel eingeworben werden können.
2. Die Deckung der Mittel in Höhe von insgesamt 45.000 Euro ist keinem eindeutigen Produktbereich zu zuordneten. Die Verwaltung prüft die Zuordnung und setzt diese zur Beschlussfassung um.

[Emily Charlotte Rödel – die Linke KV Fulda – charlie.roedel@die-linke-fulda.de – Schumannstraße 43, 36043 Fulda]

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Linke KV Fulda
Emily Charlotte Rödel
Schumannstraße 43
36043 Fulda
Charlie.roedel@die-linke-fulda.de

Begründung

Zusammenfassung:

Fulda hält für nahezu jede Bevölkerungsgruppe eigene Ansprechstellen und Angebote vor (unabhängig von ehrenamtlicher und unternehmerischer Infrastruktur), für queere Menschen, die zwischen 7-11% der Bevölkerung ausmachen, bislang nicht. Zugleich verzeichnet das Bundeskriminalamt einen starken Anstieg queerfeindlicher Straftaten (2020-2025 Anstieg von ca. 780 auf 3.400). Der Antrag zeigt ein geordnetes Verfahren auf, um als gewählte Vertretung der Stadtgesellschaft den Bedarfen einer weiteren hiesigen Gruppe gerecht zu werden. Er schafft die Basis für eine Bedarfsanalyse, ermöglicht die Erarbeitung eines Plans gemeinsam mit den örtlichen Akteuren und schafft eine feste Ansprechperson in der Verwaltung. Das Gesamtvolumen von 45.000 Euro entspricht rund 0,015 % der Aufwendungen des städtischen Haushaltsentwurfs für 2027; auf eine neue Planstelle wird bewusst verzichtet.

Kosten und Verhältnismäßigkeit: Die beantragten 45.000 Euro entsprechen rund 0,015 Prozent der Aufwendungen von circa 311 Mio. Euro. Die Mittel sind zweckgebunden, Bund, Land und Stiftungen werden vorrangig zur Kofinanzierung angefragt, und über Umsetzungsmaßnahmen entscheidet die Stadtverordnetenversammlung erst nach Vorlage des Plans. Die Stadt geht damit kein dauerhaftes Haushaltsrisiko ein, sondern schafft die Grundlage für fundierte Entscheidungen.

Mit der Annahme des Beschlussvorschlags kommt die Stadt somit ihrem Anspruch nach, für alle Menschen in Fulda da zu sein. Gemeinsam investieren wir in die Stadt als Ganzes und können langfristig von verschiedenen aktiven und passiven Nebeneffekten einer diversen und weltoffenen Stadt profitieren. Wir laden alle demokratischen Fraktionen, Gruppen und Stadtverordneten ein, den Antrag gemeinsam weiterzuentwickeln.

Emily Charlotte Rödel, die Linke KV Fulda 02.11.2026



(51) 06-10-10 SFA

Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf 2027

AfD Fulda – Stadtfraktion · Postfach 1216 · 36002 Fulda

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

AfD-Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Pierre Lamely (Fraktionsvorsitzender)

pierre.lamely.stavo@afd-fulda.de

Eingang 04. Nov. 2026

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht	Unser Zeichen, Unsere Nachricht	Telefon, Name	Datum
			27.10.2026

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und DEXT-Fachstelle beenden, Verwaltungsaufwand einsparen

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fulda beschließt:

1. **Die Stadt Fulda beendet ihre Beteiligung am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (Partnerschaft für Demokratie) mit Ablauf der laufenden Förderperiode zum 31.12.2026. An der neuen Förderperiode ab 2027 nimmt die Stadt nicht teil. Ein bereits gestellter Förderantrag wird zurückgenommen. Der Begleitausschuss wird aufgelöst.**

2. **Die Fachstelle für Demokratieförderung und Extremismusprävention (DEXT) wird zum Ende des laufenden Bewilligungszeitraums aufgelöst. Ein Folgeantrag auf Förderung aus dem Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ wird nicht gestellt.**

3. **Die im Haushaltsplan 2027 für beide Projekte veranschlagten Erträge und Aufwendungen werden gestrichen. Die städtischen Eigenanteile, insbesondere der Eigenanteil von mindestens 10 % an den Kosten der DEXT-Fachstelle, entfallen.**

4. **Die durch beide Projekte gebundenen Stellenanteile in Koordination und Verwaltung erhalten im Stellenplan 2027 einen kw-Vermerk (künftig wegfallend). Der Magistrat beziffert der Stadtverordnetenversammlung vor der Beschlussfassung über den Haushalt 2027 den Personal- und Verwaltungsaufwand, den beide Projekte bislang binden.**

Begründung:

Der Haushaltsentwurf 2027 weist im ordentlichen Ergebnis einen Fehlbetrag von 34,6 Mio. € aus. Der Vorbericht stellt selbst fest, dass gem. § 92a HGO formal ein Haushaltssicherungskonzept

erforderlich ist. Der Oberbürgermeister fordert in seiner Haushaltsrede, *„zunächst alle Einsparmöglichkeiten“* auszuschöpfen, und erklärt, dass *„der Staat bzw. die Stadt nicht alle Aufgaben übernehmen kann, die in der Öffentlichkeit als wünschenswert erscheinen mögen“*. Das muss auch für freiwillige Programme gelten, deren Nutzen nicht belegt ist.

Die sogenannte „Partnerschaft für Demokratie“ wird zwar aus Bundesmitteln finanziert. Die Stadt Fulda trägt als Programmträger jedoch den Aufwand für Koordination, Antragsprüfung, Geschäftsführung des Begleitausschusses und Verwendungsnachweise. Dieser Personal- und Verwaltungsaufwand ist im Haushalt nicht gesondert ausgewiesen und bindet Kapazitäten, die in der Verwaltung an anderer Stelle fehlen. Zudem sind Bundesmittel ebenfalls Steuergeld.

Zwei von der AfD-Fraktion beantragte Akteneinsichtsausschüsse haben gezeigt, dass in Fulda mit diesen Mitteln auch Projekte gefördert wurden, die mit Demokratieförderung nichts zu tun haben. Beispiele sind ein „Interkulturelles feministisches Kino“ mit 5.100 € und eine sogenannte „Clit-Night“ mit einem Referentenhonorar von 600 €. Die AfD-Fraktion hatte deshalb bereits zum Haushalt 2026 beantragt, die Mittel zumindest auf tatsächliche Demokratieförderung zu beschränken.

Das Programm hat in Fulda zudem jede Glaubwürdigkeit verloren. Über die Partnerschaft für Demokratie wurde der Verein „Fulda stellt sich quer e.V.“ in den Jahren 2019 bis 2023 (und darüber hinaus) großzügig bedient. Allein für die 25 Projekte, bei denen der Verein die Frist für den Verwendungsnachweis versäumt oder gar keinen Sachbericht abgegeben hat, flossen rund 67.000 €. Der Akteneinsichtsausschuss 2025 hat darüber hinaus Honorarverträge des Vereins mit eigenen Vorstandsmitgliedern, Erstattungen ohne Beleg und Mehrfachabrechnungen derselben Rechnungen festgestellt. Nach den Feststellungen der AfD-Fraktion wurden dem Verein insgesamt 73.123,60 € zweifelhaft gewährt. Wegen lascher Verträge der Stadt konnten diese zweifelhaft ausgezahlten Gelder letztlich nicht zurückgefordert werden. Nach dem Urteil des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main (Az. 25 U 165/24) darf die AfD den Verein mit nachvollziehbarer Begründung als „linksextrem“ bezeichnen. Ein Programm, das einen solchen Verein über Jahre ohne wirksame Kontrolle finanziert, kann nicht glaubhaft für Demokratieförderung stehen.

Auch der Bund ordnet das Programm derzeit neu. Die laufende Förderung endet am 31.12.2026, für die Zeit danach gilt eine neue Förderrichtlinie. Damit ist jetzt ein natürlicher Zeitpunkt für den Ausstieg, ohne dass laufende Bewilligungen oder Rückforderungen berührt werden.

Für die DEXT-Fachstelle sind nach Auskunft des Magistrats vom 22.01.2025 im Jahr 2024 Gesamtkosten von 38.716,22 € entstanden. Das Land fördert höchstens 50.000 € bzw. 90 % der zuwendungsfähigen Ausgaben. Mindestens 10 % sowie alle darüberhinausgehenden Kosten trägt die Stadt. Der Magistrat beschreibt die Aufgabe der Fachstelle selbst als „Verweisberatung mit Lotsenfunktion“. Die Fachstelle verweist also an Stellen, die es ohnehin gibt: die polizeilichen Ansprechpersonen für politisch motivierte Kriminalität, das Mobile Beratungsteam, die Netzwerk-Lotsen an Schulen und das Beratungsnetzwerk Hessen. Das ist eine Doppelstruktur.

Auf die Frage der AfD-Fraktion nach messbaren Zielen der Fachstelle (Kleine Anfrage vom 31.12.2024, Frage 2c) hat der Magistrat keine Ziele genannt. Unbeantwortet blieben auch die Fragen, wie die Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden gestaltet ist und wie die politische Neutralität sichergestellt wird. Stattdessen verweist der Magistrat auf die Zusammenarbeit mit einem Runden Tisch, an dem unter anderem eben dieser Verein „Fulda stellt sich quer e.V.“ teilnimmt. Der Verein ist zugleich Mitglied im Begleitausschuss der Partnerschaft für Demokratie.

Die vom Magistrat zur Begründung angeführten Vorfälle der Jahre 2022 bis 2024 bestehen überwiegend aus Aufklebern, Schmierereien und Visitenkarten. Wo es sich um Straftaten handelt, sind Polizei und Staatsanwaltschaft zuständig. Ob im Stadtbild ein Aufkleber mehr oder weniger auftaucht, daran ändert eine Fachstelle nichts, die selbst nur auf andere Stellen verweist. Weder für die Fachstelle noch für den Begleitausschuss ist erkennbar, welche Maßnahmen sie tatsächlich ergreifen und welche Wirkung sie erzielen.

Die Bekämpfung von Extremismus jeder Art bleibt Aufgabe von Polizei, Verfassungsschutz, und Justiz sowie familiären Kernstrukturen, gesellschaftlichen Konventionen und einer sog. Zivilgesellschaft die aus eigener Motivation und Selbstbehauptungswillen heraus aktiv wird und nicht erst durch eine staatlich finanzierte NGO-Alimentierung. Dafür braucht es keine zusätzlichen kommunalen Strukturen, deren Kosten nicht ausgewiesen und deren Nutzen nicht belegt sind.

Mit freundlichen Grüßen

Pierre Lamely
- Fraktionsvorsitzender -

Frank Schüssler
- stellv. Fraktionsvorsitzender -

112

06-10-10 SFA

BETREFF: Volt-Fraktion Stadt Fulda I Antrag Nr. 014/2026
Volt Deutschland - Volt-Fraktion Stadt Fulda
Friedrichstraße 7 - 36037 Fulda

Volt | FRAKTION STADT FULDA

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 12. Nov. 2026

Fulda, den 11. November 2026

KONKURRIERENDER HAUPTANTRAG - Fulda für Demokratie

Bezugnehmend auf den Haushaltsantrag zum Haushalt der Stadt Fulda 2027 der AfD "Bundesprogramm Demokratie leben! und DEXT-Fachstelle beenden, Verwaltungsaufwand einsparen"

Haushaltsentwurf der Stadt Fulda 2027

Die Volt-Fraktion beantragt die Einstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln im Haushalt der Stadt Fulda 2027 in der Höhe von 8.000€ für die Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit des Bündnisses für Demokratie der Stadt Fulda.
Damit erkennt die Stadt Fulda den erhöhten Bedarf an Demokratie-Fördermaßnahmen an, der durch erstarkende demokratiefeindliche Parteien und Gruppierungen, mehr denn je besteht. Sie stellt sich somit an die Seite starker zivilgesellschaftlicher und (freier) Träger*innen der Arbeit für die Demokratie in Fulda.

BEGRÜNDUNG:
Zum 31.12.2026 geht die laufende Förderperiode für *Demokratie leben!* zu Ende. Durch eine Reformation des Programms umfasst die Förderfähigkeit zukünftig thematisch breiter aufgestellte Projekte und Akteur*innen.
Gestellte Förderanträge und somit potentielle Fördersummen des Bundesprogramms, sichern die Projektarbeit für ein demokratisches Miteinander in der Stadt Fulda, und werden bisher in der Regel fast vollständig an die eingereichten Projekte ausgeschüttet.

Der zusätzlich zur Verfügung gestellte Betrag soll den Austausch- und die Netzwerkarbeit zwischen den einzelnen Akteur*innen das Bündnis für Demokratie in 2027 ausdrücklich zusätzlich unterstützen.
So kann zum Beispiel die Demokratiekonferenz mit größeren Mitteln ausgestattet werden, um die Veranstaltung öffentlichkeitswirksamer zu bewerben und die Arbeit der Akteur*innen in der Stadt bekannt zu machen.

Damit setzt die Stadt Fulda ein klares Zeichen für die Demokratie und stellt sich hinter die Akteur*innen, die diese mit ihren Projekten schützen, fördern und sichern.

A. Kleespies

i. A. Anna Kleespies
- Volt-Fraktion Stadt Fulda -

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

82 06-10-10 SFA

BETREFF: Volt-Fraktion Stadt Fulda I Antrag Nr. 003/2026

Volt Deutschland - Volt-Fraktion Stadt Fulda
Friedrichstraße 7 - 36037 Fulda

Volt | FRAKTION STADT FULDA

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Eing: 04. Nov. 2026

Fulda, den 03. November 2026

HAUSHALTSANTRAG - Kampagne gegen Einsamkeit

Haushaltsentwurf der Stadt Fulda 2027

Die Volt-Fraktion beantragt die Einstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt der Stadt Fulda 2027 in Höhe von 35.000€ für die Konzeption und Umsetzung einer städtischen Kampagne gegen Einsamkeit.
Die Mittel sollen für gezielte Werbe- und Öffentlichkeitsmaßnahmen, die bessere Sichtbarkeit bestehender Initiativen und Angebote sowie den Aufbau einer zentralen Ansprechstelle eingesetzt werden.

Für die Kampagne wird eine Summe von 35.000€ eingeplant. Die Kosten könnten sich beispielhaft wie folgt zusammensetzen:

- Kampagnenkonzept und Gestaltung	8.000 €
- Druck, Plakate und Werbemaßnahmen	7.000 €
- Website, Angebotsübersicht und digitale Sichtbarkeit	5.000 €
- Aufbau und Koordination einer Ansprechstelle (Umschichtung vorhandener Personalressourcen)	10.000 €
- Veranstaltungen, Vernetzung und Informationsmaterial	5.000 €

BEGRÜNDUNG:
Einsamkeit ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, das Menschen jeden Alters und in unterschiedlichen Lebenssituationen betreffen kann. Scham, gesellschaftliche Tabus und die Angst vor Stigmatisierung können dazu führen, dass Betroffene keine Unterstützung suchen. Gleichzeitig wissen viele nicht, welche Initiativen, Begegnungsorte und Unterstützungsangebote es in ihrer Umgebung gibt.
In Fulda gibt es viele Angebote, die durch eine größere Bekanntheit und einfachere Zugänge noch mehr Menschen in Einsamkeit helfen könnten.
Der Antrag soll eine zentrale Informations- und Werbe-Kampagne für bestehende Angebote möglich machen, die das Ziel verfolgt, den Betroffenen zielgerichtete Informationen, Angebote und Hilfen zur Verfügung zu stellen.

i. A. Anna Kleespies
- Volt-Fraktion Stadt Fulda -

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

102

06-10-10 SFA

An Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

bündnis C
Christen für Deutschland

Stadtverband Fulda
Mail: alain.kaffo@buendnis-c.de
Tel.: 0176 23317706
Web: www.buendnis-c.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 05. Nov. 2026

Fulda, 4. November 2026

HAUSHALTSANTRAG 2027

Betreff: Konzept zur Bekämpfung von Einsamkeit im Alter in den Quartieren

ANTRAGSTEXT

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat beauftragt wird, im Haushaltsjahr 2027 gemeinsam mit Seniorentreffs, Kirchengemeinden und Nachbarschaftsvereinen ein aktives Konzept gegen Einsamkeit im Alter mit dezentralen Begegnungsangeboten in den Stadtteilen zu etablieren.

BEGRÜNDUNG

Einsamkeit ist eine stille Herausforderung unserer Zeit. Ältere Menschen brauchen funktionierende soziale Netzwerke direkt in ihrem vertrauten Wohnumfeld. Ehrenamtliche Besuchs- und Begleitdienste fördern das Miteinander der Generationen und bewahren Würde und Selbstbestimmung im Alter.

Die Umsetzung erfolgt haushaltsneutral durch die Bündelung vorhandener Stadtteilstrukturen und gezielter Fördergelder.

Mit freundlichen Grüßen,

Alain Kaffo

Alain Kaffo
Stadtverordneter (Bündnis C – Christen für Deutschland)

83

06-10-10 SFA

BETREFF: Volt-Fraktion Stadt Fulda I Antrag Nr. 004/2026
Volt Deutschland - Volt-Fraktion Stadt Fulda
Friedrichstraße 7 - 36037 Fulda

Volt | FRAKTION STADT FULDA

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Fulda, den 03. November 2026

HAUSHALTSANTRAG - Kampagne gegen Missbrauch

Haushaltsentwurf der Stadt Fulda 2027

Die Volt-Fraktion beantragt die Einstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt der Stadt Fulda 2027 in Höhe von 52.000€ für die Konzeption und Umsetzung einer städtischen Kampagne gegen (sexuellen) Missbrauch.

Die Mittel sollen für gezielte Maßnahmen eingesetzt werden, die drei Ziele versieren:

- Enttabuisierung des Sprechens über Missbrauchserfahrungen
- Schnelle und Zielgerichtete Hilfe für Betroffene
- Schnelle Hilfsangebote für Täter*innen um Missbrauch zu begegnen oder/und vorzubeugen

Die Kosten könnten sich beispielhaft wie folgt zusammensetzen:

Enttabuisierung	- Entwicklung einer Kommunikationskampagne in Zusammenarbeit mit Örtlichen Hilfsangeboten und Initiativen - Druckerzeugnisse, Social-Media, städtische Informationskanäle - Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen zur Sensibilisierung der Einwohnenden Fuldas	20.000 €
Hilfe für Betroffene	- kommunaler (digitaler) Hilfe-Wegweiser - Vermittlung an das Hilfsnetzwerk (Beratungsstellen) - Mehrsprachige Informationen und Vernetzung der vorhandenen Strukturen und Angebote	18.000 €
Prävention und Hilfe für Täter*innen	- Sichtbare Hinweise auf vertrauliche Präventions- und Beratungsangebote - Kooperation, Vernetzung und Weiterbildung durch/mit spezialisierten Fachberatungsstellen - Informationsangebote frühzeitiger Hilfe und zur Vermeidung von Übergriffen	12.000 €

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

BEGRÜNDUNG:

Missbrauch erfordert eine offene gesellschaftliche Auseinandersetzung, konsequente Aufarbeitung und wirksame Prävention vor Übergriffen.

Unter anderem auch vor dem Hintergrund der Missbrauchsfälle im Bistum Fulda braucht es klare Signale, Strukturen und Angebote, um Betroffene von (sexuellem) Missbrauch in der Stadt Fulda zu hören, ernst zu nehmen und ihnen Hilfe zu vermitteln. Eine städtische Kampagne soll das Sprechen über Missbrauchserfahrungen erleichtern, den Zugang zu unabhängigen Hilfsangeboten durch Unterstützung und Vernetzung verbessern und Menschen, die befürchten, selbst übergriffig zu werden, frühzeitig Unterstützung ermöglichen.

Damit übernimmt die Stadt Fulda in einem ersten Schritt Verantwortung für eine Kultur des Hinschauens, des Schutzes Betroffener und der Prävention.

i. A. Anna Kleespies
- Volt-Fraktion Stadt Fulda -

101

06-10-10 SFA

An Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 05. Nov. 2026

bündnis C
Christen für Deutschland

Stadtverband Fulda
Mail: alain.kaffo@buendnis-c.de
Tel.: 0176 23317706
Web: www.buendnis-c.de

Fulda, 4. November 2026

HAUSHALTSANTRAG 2027

Betreff: Stärkung der Interreligiösen und Interkulturellen Dialogforen in Fulda

ANTRAGSTEXT

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat im Haushaltsjahr 2027 den Dialog zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften und Kulturvereinen durch regelmäßige Runden Tische und gemeinsame zivilgesellschaftliche Projekte aktiv unterstützt.

BEGRÜNDUNG

Ein friedliches und von gegenseitigem Respekt geprägtes Zusammenleben erfordert stetigen Dialog. Auf dem Fundament christlicher Werte von Frieden und Versöhnung fördert diese Initiative den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die nachhaltige Integration in Fulda.

Die Maßnahme wird aus bestehenden Mitteln der Gemeinwesenarbeit ohne haushalterische Mehrausgaben realisiert.

Mit freundlichen Grüßen,

Alain Kaffo

Alain Kaffo
Stadtverordneter (Bündnis C – Christen für Deutschland)

103 06-10-10 SFA

An Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Magistrat der Stadt Fulda
Schlossstraße 1, 36037 Fulda
sv-gremien@fulda.de

Die Stadtverordnetenversammlung
Eing.: 05. Nov. 2026

bündnis C
Christen für Deutschland

Stadtverband Fulda
Mail: alain.kaffo@buendnis-c.de
Tel.: 0176 23317706
Web: www.buendnis-c.de

Fulda, 4. November 2026

HAUSHALTSANTRAG 2027 – NR. 3

Betreff: Etablierung eines Familien-Förderpasses für einkommensschwache Haushalte

ANTRAGSTEXT

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, dass der Magistrat beauftragt wird, den bestehenden Fulda-Pass im Haushaltsjahr 2027 zu einem umfassenden Familien-Förderpass weiterzuentwickeln. Dieser gewährt einkommensschwachen Familien gezielte Vergünstigungen bei Bildung, Freizeit-, Kultur- und Sportangeboten.

BEGRÜNDUNG

Starke Familien sind das Fundament einer intakten Stadtgesellschaft. Armut darf Kinder und Eltern nicht von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausschließen. Der erweiterte Pass stärkt die Chancengerechtigkeit und entlastet Familien gezielt im Alltag.

Durch Verknüpfung bestehender Vergünstigungen und Umschichtungen im Sozialhaushalt entstehen keine ungedeckten Mehrkosten für die Stadt Fulda.

Mit freundlichen Grüßen,

Alain Kaffo

Alain Kaffo
Stadtverordneter (Bündnis C – Christen für Deutschland)

79 06-20-40 SFA

BETREFF: Volt-Fraktion Stadt Fulda I Antrag Nr. 011/2026
Volt Deutschland - Volt-Fraktion Stadt Fulda
Friedrichstraße 7 - 36037 Fulda

Volt | FRAKTION STADT FULDA

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Fulda, den 03. November 2026

ANTRAG - Jugendparlament Stadt Fulda

Haushaltsentwurf der Stadt Fulda 2027

Die Volt-Fraktion beantragt die Einstellung von Haushaltsmitteln im Haushalt der Stadt Fulda 2027 für die Einrichtung eines Jugendparlaments im Alter von beispielsweise 12 bis 21 Jahren zur dauerhaften und direkten politischen Beteiligung junger Menschen in der Stadt Fulda.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung einen Konzept- und Satzungsentwurf vorzulegen. Über den Stand der Umsetzung ist die Stadtverordnetenversammlung in einem 2-monatigen Rhythmus zu informieren.

   1.1.
   Der Magistrat wird beauftragt, die Einrichtung eines Jugendparlaments für die Stadt Fulda in Zusammenarbeit mit Jugendlichen vorzubereiten und der Stadtverordnetenversammlung ein Konzept zur Beschlussfassung vorzulegen.
   Die Schulen, Berufsschulen, Hochschuleinrichtungen, Jugendverbände, Vereine, Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und weitere interessierte junge Menschen sollen in die Vorbereitung einbezogen werden, damit unterschiedliche Lebenslagen und Interessen berücksichtigt werden.

   1.2.
   Der Magistrat wird beauftragt, eine Änderung für die Satzung und Geschäftsordnung zu erarbeiten. Dabei sollen insbesondere die Zusammensetzung, der demokratische Wahlprozess, beziehungsweise die Benennung der Mitglieder, die Amtszeit, die Aufgaben und die Beteiligungsrechte geregelt werden.
   Es soll mit den Jugendlichen erarbeitet, anschließend geprüft und rechtlich ausgestaltet werden, wie das Jugendparlament Anträge, Vorschläge und Stellungnahmen in die Stadtverordnetenversammlung und ihre Ausschüsse einbringen sowie bei jugendrelevanten Themen angehört werden kann.

   >>> Die Hessische Gemeindeordnung sieht in § 4c vor, dass Gemeinden Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, angemessen beteiligen sollen. Zur Berücksichtigung ihrer besonderen Belange können geeignete Verfahren und Gremien eingerichtet werden. Die nähere Ausgestaltung der Kinder- und Jugendbeteiligung ist durch Satzung zu regeln.

ZUKUNFT MADE IN EUROPE

1.3.
Für die Arbeit des Jugendparlaments sollen eine feste Begleitperson in der Stadtverwaltung, geeignete Räumlichkeiten sowie die erforderlichen finanziellen und organisatorischen Mittel vorgesehen werden. Die notwendigen Haushaltsmittel sind zu ermitteln und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:
Junge Menschen sind von kommunalpolitischen Entscheidungen unmittelbar betroffen. Fragen der Schul- und Freizeitgestaltung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Sicherheit im öffentlichen Raum, der Sport- und Kulturangebote, des Klimaschutzes sowie der Gestaltung öffentlicher Plätze beeinflussen ihren Alltag und ihre Zukunft.

Ohne ein bestehendes Wahlrecht für einen Großteil der Zielgruppe, bietet ein Jugendparlament dennoch die Möglichkeit, Anliegen junger Menschen dauerhaft und strukturiert in die kommunale Politik einzubringen. Es schafft einen verlässlichen Austausch zwischen Jugendlichen, Stadtverwaltung, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Zugleich können junge Menschen demokratische Entscheidungsprozesse kennenlernen, Verantwortung für ihre Stadt übernehmen und eigene Vorschläge entwickeln.

Entscheidend ist dabei, dass das Jugendparlament nicht nur eine beratende Plattform ohne verlässliche Anbindung an die kommunalen Gremien bleibt. Seine Beteiligungsrechte, die Zusammenarbeit in den Fachausschüssen und die Rückmeldung zu eingebrachten Vorschlägen sollen deshalb verbindlich und transparent geregelt werden.

Die Einrichtung eines Jugendparlaments soll daher einen nachhaltigen Beitrag zur politischen Bildung, demokratischen Mitwirkung und Berücksichtigung der Interessen junger Menschen in Fulda leisten.



i. A. Volker Elm
- Volt-Fraktion Stadt Fulda -

06-30-10 SFA

(27)

CDU Stadtverordnetenfraktion Fulda

Christlich Demokratische Union
Stadtverordnetenfraktion Fulda
Schlossstr. 1 Stadtschloss
36037 Fulda

Bankverbindung:
Sparkasse Fulda
BLZ 530 50180
KtoNr. 400 27 438

Tel.: 0172 6763178
mail.: mail@cdufraktion-fulda.de

An Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloss
36037 Fulda

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 03. Nov. 2026

Fulda, den 31.10.2026

Haushaltsantrag 2027

Produktbereich 06-30-10
Berichtsantrag Konzept für die Gestaltung des Außenbereichs Kindertagesstätte Sturmiusschule

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

in der Haushaltsstelle 06-30-10 auf Seite 291 sind für die Gestaltung des Außenbereichs der Kindertagesstätte Sturmiusschule/„Miteinander" im Fuldaer Südend insgesamt 850.000 EUR für den Haushalt 2027 vorgesehen.
Die CDU-Stadtverordnetenfraktion beantragt, dass in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Senioren das Konzept für die Gestaltung des Außenbereichs vorgestellt und insbesondere darüber berichtet wird, welche konkreten Maßnahmen vorgesehen sind.

Patricia Fehrmann
(Fraktionsvorsitzende)

Johannes Uth
(Fraktionsgeschäftsführer)